



Klaus Hagemann

Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Worms-Alzey-Oppenheim

Mitglied im Haushaltsausschuss
Mitglied im Petitionsausschuss

Wahlkreisbüro Worms
Tel. 0 62 41 – 30 52 49
Fax: 0 62 41 – 30 52 54
klaus.hagemann@wk.bundestag.de
www.klaus-hagemann.de

Ausbildung und was dann?

MdB Hagemann diskutiert mit Wormser
Jugend-Auszubildendenvertretern

Worms, 29. Mai 2006

Als Ausbildungslotse versucht der Bundestagsabgeordnete Klaus Hagemann (SPD) seit dem vergangenen Jahr zusätzliche Ausbildungsplätze bei Unternehmen in Rheinhessen zu akquirieren. Was aber wird aus den Jugendlichen, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben? Darüber diskutierten jetzt im Technikzentrum des EWR in Worms-Rheindürkheim der SPD-Parlamentarier mit Wormser Jugend-Auszubildenden-Vertreter verschiedener Firmen sowie Betriebsrats- und Gewerkschaftsvertretern.

Die Jugendlichen berichteten Hagemann, dass es oftmals bis kurz vor Ausbildungsende unklar sei, ob der Betrieb sie übernehmen könne. Eine Übernahme sei inzwischen längst nicht mehr die Regel. Und wenn es zu einem Angebot komme, dann werde ihnen inzwischen häufig nur ein Zeitvertrag mit immer kürzeren Laufzeiten angeboten. „Wir brauchen aber nach der Ausbildung auch eine längere Berufserfahrung, um unsere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen“, sagte ein Jugendlicher. Zudem ende insbesondere in den technischen Ausbildungsgängen die Berufsvorbereitung nicht mit dem Ende der Ausbildung. Viele Fertigkeiten seien werden erst in der Berufspraxis verfeinert und gelernt. In diesem Zusammenhang wurde auch die in der Diskussion stehende Verlängerung der Probezeit auf 24 Monate kritisiert. „Leider legt darauf die CDU/CSU innerhalb der großen Koalition sehr großen Wert“, bedauerte Hagemann.

Ein weiteres Problem komme dann auf die männlichen Absolventen zu. Wenn diese gerade einen Zeitvertrag in der Tasche hätten und zugleich zum Wehr- oder Zivildienst einberufen werden, gebe es mitunter Konflikte, die zu verkürzten Arbeitsverträgen führen würden. „Diese Jugendlichen werden im Vergleich zu denjenigen, die nicht zum Wehr- oder Ersatzdienst antreten müssten, benachteiligt“, sagte Hagemann.

Der SPD-Politiker will die angesprochenen Schwierigkeiten nun auch in Berlin thematisieren und prüfen, wie Übernahmeregelungen nach abgeschlossener Ausbildung möglicherweise gesetzlich anders geregelt werden könnte. Hier seien auch die Tarifvertragsparteien gefordert. Der SPD-Politiker sagte zu, den Dialog mit den Auszubildenden-Vertretern in regelmäßigen Abständen fortzusetzen.

Marco Sussmann